U18 JUGENDFRAGEN

Parteien: CDU/CSU · BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · SPD · Freie Demokraten FDP · DIE LINKE. · AfD

AfD – Warum steht hier nichts?

Die AfD hat trotz mehrfacher Erinnerung keine Antworten auf die U18-Jugendfragen eingereicht.

Verdachtsfall im rechtsextremistischen bzw. -terroristischen Bereich

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) führt die AfD derzeit als Verdachtsfall im rechtsextremistischen bzw. -terroristischen Bereich u.a. aufgrund ihrer Vorstellungen einer ethnisch-rassistisch definierten „Volksgemeinschaft". Darüber hinaus wird die Partei in drei Bundesländern als gesichert rechtsextremistisch eingestuft, in mindestens fünf weiteren ist sie ein Beobachtungsfall und weitere Behörden machen ihre möglichen Beobachtungen nicht öffentlich (Stand: 20.12.2023). Die AfD-Jugendorganisation „Junge Alternative" wird durch das BfV als gesichert rechtsextremistisch eingestuft. Die Rechtmäßigkeit dieser Einstufung wurde zuletzt im Februar 2024 durch das Verwaltungsgericht Köln bestätigt.

DEUTSCHER BUNDESJUGENDRING

Die Jugendverbände und -ringe im Deutschen Bundesjugendring treten für Demokratie, Sozial- und Rechtsstaatlichkeit sowie unveräußerliche Menschenrechte ein. Sie stehen für die Gleichberechtigung aller Geschlechter, Inklusion, ein friedliches Miteinander der Religionen, soziale Rechte und Gerechtigkeit, Umweltschutz, ein demokratisches und soziales Europa, Frieden sowie eine solidarische Gesellschaft.

Diesen Positionen steht die AfD unvereinbar gegenüber. Wir betrachten sie daher als eine menschen- und jugendfeindliche Partei.

1 JUGEND IN EUROPA

» Wie kann die EU junge Menschen miteinander noch stärker in Austausch bringen? Wie werden alle jungen Menschen darin unterstützt, Gleichaltrige aus anderen europäischen Ländern kennenzulernen? «

CDU/CSU: Wir wollen, dass die Europäer zusammenhalten. Dabei setzen wir gerade auf junge Menschen. Die Begegnung untereinander soll ganz einfach und selbstverständlich sein. Deshalb werden wir den Jugendaustausch und die Freiwilligendienste in Europa stärken und Programme, wie „DiscoverEU", mit denen junge Menschen die vielen Facetten Europas erleben können, ausbauen. Wer während Schulzeit, Studium oder Berufsausbildung eine Zeit in andere EU-Staaten geht, sammelt Erfahrungen fürs ganze Leben. Dafür erweitern wir das europäische Bildungsprogramm Erasmus+ und stocken es finanziell auf. Oft hapert es an der richtigen Information. Deshalb werden die Beratungs- und Förderangebote erweitern und unter einem Dach zusammenführen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Europa lebt durch Gemeinschaft, Begegnungen, Toleranz und Verständnis füreinander. Um dies zu ermöglichen, spielen europäische und internationale Jugendarbeit eine außerordentliche Rolle. Grundlage für viele europäische Begegnungen für junge Menschen ist Erasmus+, ob über den Jugendverband, die Ausbildung oder die Universität, ist es oft die erste Begegnung mit der EU und anderen Gleichaltrigen aus europäischen Ländern. Wir wollen, dass mehr Menschen diese Erfahrung machen können, auch aus Familien, denen die finanziellen Mittel fehlen. Wir werden uns dafür einsetzen, die Mittel für Erasmus+ zu verdoppeln. Wir wollen Erasmus+ auch für Auszubildende stärken. Mit dem DiscoverEU-Programm können 18-Jährige über verloste Zug-Tickets 30 Tage die EU erleben, auch dies wollen wir ausbauen. Unser Ziel ist es, mehr Begegnungen und gemeinsame Erlebnisse zu schaffen.

SPD: Wir wollen, dass alle jungen Menschen, die das möchten, bis zum 25. Lebensjahr mindestens eine durch ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung im Ausland machen können. Durch ein kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen sollen junge Menschen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern Europa kennenlernen.

FDP: Nach der Corona-Pandemie und angesichts des schrecklichen Krieges gegen die Ukraine ist es wichtiger denn je, den Austausch und Freundschaften junger Menschen in Europa zu fördern. Sei es ein Schüleraustausch in Frankreich, ein Praktikum in Schweden oder ein Studium in Polen: Wir wollen, dass Europa für noch mehr junge Menschen erfahrbar wird. Im Europäischen Parlament haben wir uns z. B. dafür stark gemacht, die Mittel für das Bildungs- und Sportförderprogramm Erasmus+ bis 2027 auf rund 26 Mrd. Euro zu verdoppeln. Wir wollen Erasmus+ weiter stärken und den Zugang für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Auszubildende verbessern. Alle Schülerinnen und Schüler sollen unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate ihrer Schulzeit im europäischen Ausland verbringen können.

DIE LINKE.: Wir haben uns für eine Verdreifachung der Mittel für das Austausch-programm Erasmus+ eingesetzt und dies gemeinsam mit Grünen und Sozialdemokrat*innen durchgesetzt. Wir haben dafür gesorgt, dass besonders Menschen mit wenig Geld oder Menschen mit Behinderungen besser berücksichtigt werden. So können auch diese Menschen Europa kennenlernen. Das neue Programm unterstützt jetzt auch den Austausch von Vorschulkindern und Erzieher*innen und Lehrer*innen. Indem mehr Sprachkurse und Online-Lernen angeboten werden, profitieren ebenfalls mehr Menschen aus ärmeren Haushalten. Wir werden an diese Erfolge anknüpfen. Wir wollen Erasmus+ weniger wie einen Wettbewerb gestalten. Auch den Einfluss von Unternehmen auf das Programm wollen wir eindämmen.

2 JUNGES ENGAGEMENT

» Was wird unternommen, um das europapolitische Engagement junger Menschen stärker zu unterstützen? «

CDU/CSU: Wer sich für Europa engagiert, den werden wir unterstützen. Schon in der Schule sollen Jugendliche Informationen darüber erhalten, wie man sich europapolitisch engagieren kann. Unser Ziel ist, dass junge Menschen und Jugendorganisationen in die Entwicklung und Umsetzung europapolitischer Maßnahmen einbezogen werden. Dafür haben wir die EU-Jugendstrategie beschlossen. Als politische Parteien machen auch wir über unsere Jugendorganisationen ein Angebot, früh politisch mitzuwirken. Europa soll junge Menschen begeistern. Wer begeistert ist, engagiert sich auch gerne. Wir wollen mit der Jugend diskutieren, wie wir unseren Wohlstand, den Frieden und unsere freiheitliche Lebensweise, den europäischen Way of Life, sichern und gestalten wollen. Zudem setzen wir uns dafür ein, dass die konkreten Anliegen junger Menschen - Gesundheit, Umwelt, Bildung - in der europäischen Politik aufgegriffen werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das Engagement von jungen Menschen ist wichtig für die Stärkung der europäischen Gemeinschaft. Wir wollen eine Million Plätze im Europäischen Freiwilligendienst schaffen, gerade auch für Jugendliche aus Familien mit niedrigem Einkommen, z.B. mit einer höheren Aufwandsentschädigung. Für die Durchführung von Freiwilligendiensten braucht es aber auch Vereine, Verbände und Organisationen, die sie anbieten. Diese wollen wir stärken, denn sie schaffen Orte des Engagements und der Demokratie. Mit einem Freiwilligen Ökologischen Jahr (FÖJ bzw. EYE – European Year for Ecology) wollen wir das Angebot auf europäischer Ebene erweitern.
Über den EU-Jugenddialog hat die EU einen direkten Kanal für die Beteiligung junger Menschen und ihrer Interessenvertreter*innen geschaffen, diesen wollen wir stärken.

SPD: Wir wollen das Europäische Solidaritätskorps stärken und zudem den organisierten, grenzüberschreitenden Jugendgruppenaustausch ausweiten. Damit sollen insbesondere auch Auszubildende und benachteiligte Jugendliche gezielt gefördert werden, die Europa noch nicht so gut kennen und die vorhandenen Austauschmöglichkeiten noch wenig nutzen. Dafür braucht es mehr Mittel im „Erasmus+"-Programm. Daraus müssen vorrangig die Antragstellenden und die zivilgesellschaftliche Trägerlandschaft gestärkt werden – und nicht die staatlichen Nationalagenturen.

FDP: Wir unterstützen Initiativen wie das Europäische Jugendparlament, um das politische Engagement junger Menschen zu fördern. Um politisches und soziales Engagement innerhalb Europas generell zu vereinfachen, wollen wir grenzüberschreitende Aktivitäten gemeinnütziger Organisationen erleichtern und den Europäischen Freiwilligendienst sowie den Kultur- und Sportaustausch zwischen den EU-Mitgliedstaaten stärken. Denn wir befürworten und unterstützen Initiativen aus der Mitte der Gesellschaft, die das Gemeinwohl fördern. Dies wirkt auch in Deutschland gegen Populismus, demokratiefeindliche Propaganda und Extremismus.

DIE LINKE.: Wir wollen, dass alle Jugendlichen ab 16 Jahren überall in der EU das aktive Wahlrecht bekommen. Das heißt nicht nur, dass man wählen darf, sondern auch, dass man über Bürgerinitiativen, Volksentscheide und Volksbegehren die EU-Politik mitgestalten und Gesetze vorschlagen kann. Gerade geht das nur in vier Mitgliedsländern. Wir wollen eine Online-Plattform schaffen, über die sich Bürger*innen informieren, beteiligen und vernetzen können. Das ist für Jugendliche attraktiver, als Unterschriften zu sammeln. Wir finden: Es braucht auch im real life mehr Freiräume für Jugendliche, beispielsweise Jugendzentren. Engagement entsteht, wenn junge Menschen Orte zur Verfügung haben, an denen sie sich aufhalten können, ohne etwas konsumieren zu müssen.

3 MITWIRKUNG

» Wie können Kinder und Jugendliche die europäische Politik mehr mitbestimmen? Wie wird eine wirksame Umsetzung der Ergebnisse von Beteiligungsformaten wie dem EU-Jugenddialog gesichert? «

CDU/CSU: CDU und CSU begrüßen die EU-Beteiligungsformate, den EU-Jugenddialog und das European Youth Event EYE, zu dem tausende 16 bis 30-jährige in Straßburg und online zusammenkommen, sehr. Politiker von CDU und CSU nehmen an diesen Formaten gerne teil, hören zu und nehmen Ideen aus dem Dialog in ihre Arbeit auf. Die Ergebnisse aus den Formaten werden systematisch gesammelt und von Jugendvertretern bzw. in Jugendanhörungen dem EU-Parlament und in Brüssel vorgetragen. Wir wollen die Beteiligungsformate stärken und setzen uns dafür ein, dass neben den klassischen Formaten vermehrt Plattformen und Online-Umfragen für Jugendliche geschaffen werden, damit sie auch ihre Meinung zu aktuellen europapolitischen Fragestellungen einbringen können.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jugendliche müssen selbst zu Wort kommen. Es ist gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Den EU-Jugenddialog wollen wir stärken und bei anderen Beteiligungsformaten integrieren. Die Ergebnisse sollen noch stärker in die Arbeit der EU-Kommission einfließen und junge Menschen und ihre Interessenvertreter*innen regelmäßig im Europaparlament angehört werden. In der EU-Jugendstrategie werden die Leitlinien für europäische Jugendpolitik gezogen. Wir wollen sicherstellen, dass eine Weiterentwicklung der Jugendstrategie die Interessen junger Menschen in allen Politikbereichen stärkt. Wir unterstützen zudem den EU Youth Check, mit dem die Auswirkungen von EU-Entscheidungen auf junge Menschen überprüft werden sollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Stelle der EU-Jugendkoordinatorin aufgewertet wird.

SPD: Wir wollen Kinder- und Jugendbeteiligung, die auch wirklich Beteiligung ist und nicht nur Beratung – auf allen politischen Ebenen. A uf europäischer Ebene setzen wir uns für verbindliche Beteiligungsmöglichkeiten ein und fördern den EU-Jugenddialog. Die auf den EU-Jugendkonferenzen europaweit erarbeiteten Youth Goals müssen ebenso umsetzt werden wie die EU-Jugendstrategie - in Deutschland sichtbar und ressortübergreifend im Rahmen der gemeinsamen Jugendstrategie der Bundesregierung.

FDP: Neben etablierten Formaten wie dem Jugenddialog halten wir es für essentiell, junge Menschen stärker in die parlamentarische Arbeit einzubinden. Mit unserer Fraktion im Europäischen Parlament Renew Europe haben wir verschiedene Formate zur Jugendbeteiligung etabliert. Neben einer Summer School haben wir auch die Renew Youth Academy eingeführt, wo die Beteiligung junger Menschen an Gesetzgebungsprozessen im Mittelpunkt steht. Gemeinsam haben wir ein Prioritätenpaket für junge Menschen für die Arbeit der liberalen Fraktion für EU-Gesetze und Projekte entwickelt.

DIE LINKE.: Dafür gibt es eigentlich die Europäische Zukunftskonferenz. Aber die Zukunftskonferenz funktioniert nicht wirklich. Deshalb wollen wir sie in regelmäßig stattfindende Bürger*innenräte überführen. Ihre Mitglieder werden ausgelost, stellen aber zugleich einen Querschnitt der Bevölkerung dar. Die Räte sollen das Arbeitsprogramm der Europäischen Kommission, neue Gesetzesvorhaben und thematische Schwerpunkte diskutieren. So wird dauerhafte Beteiligung ermöglicht, besonders von Jugendlichen. Die Europäische Zukunftskonferenz 2022 hat 49 Vorschläge entwickelt, von denen viele Jugendliche betreffen. Aber: die sind bisher nicht verpflichtend. Diese Vorschläge sollen zur Arbeitsgrundlage der Kommission werden.

4 JUGENDVERBÄNDE

» Wie können Jugendverbände und ihre internationale Jugendarbeit und Jugendpolitik durch die EU besser und einfacher gefördert werden? «

CDU/CSU: Jugendverbände und die internationale Jugendarbeit sollen durch die EU besser und einfacher gefördert werden. Es geht einmal um die Mittel, mit denen Jugendverbände und -projekte unterstützt werden. Die Jugendlichen müssen sich darauf verlassen können. Zum anderen ist die internationale Jugendarbeit oft mit viel Bürokratie verbunden. Das muss sich ändern. Wer die besten Konzepte und Projekte hat, muss gefördert werden und nicht der, der sich mit der Bürokratie am besten auskennt. Uns ist auch wichtig, dass die Träger- und Partnerschaftsstrukturen, insbesondere durch die Unterstützung ehrenamtlichen Engagements und die Beziehungsarbeit zu internationalen Partnerorganisationen, gestärkt werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Jugendverbände und Jugendgruppen sind Grundlage für die Gestaltung von Freizeit und Bildung von Millionen Jugendlichen in Europa. In unserer Zivilgesellschaft muss sichergestellt werden, dass ehrenamtliches Engagement von Jugendlichen wertgeschätzt wird und Jugendarbeit nicht an bürokratischen Hürden scheitert. Wir sprechen uns daher für eine Stärkung und Vereinfachung der Projektförderung über Erasmus+ aus, dabei geht es u.a. um die Vereinfachung von Antragstellung und Abrechnung, aber auch um die Ausweitung von Programmen. Darüber hinaus sollte die Arbeit der Jugendverbände auch weiter eine wichtige Rolle im Rahmen der Stärkung der EU-Jugendstrukturen (siehe oben) spielen.

SPD: Wir wollen europäische und internationale Jugendverbände in ihrer politischen und kulturellen Bildungsarbeit weiterhin unterstützen. Insbesondere grenzüberschreitende Projekte und Begegnungen tragen aktiv zum Abbau von Vorurteilen bei und machen das zusammenwachsende Europas für junge Menschen erfahrbar.

FDP: Wir Freie Demokraten wollen das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein fördern. Wir wollen das Erasmus+ Programm stärken, das nicht nur Individuen die Vielfalt Europas durch zum Beispiel Austausche näherbringt, sondern auch Jugendorganisationen in ihrer Arbeit stärkt. Die Beantragung von EU-Mitteln muss dabei unkomplizierter und unbürokratischer möglich sein als bisher. Insbesondere wollen wir über diese gezielte finanzielle Unterstützung von Jugendverbänden die Bildungsmobilität in der EU erhöhen, die länderübergreifende Zusammenarbeit von nationalen Verbänden und Organisationen stärken und junge Menschen befähigen, politische Ideen und Konzepte zu entwickeln.

DIE LINKE.: Förderprogramme müssen einfach und verständlich gestaltet sein. Sie müssen leicht zugänglich sein, beispielsweise durch Verzicht auf hohe formale Anforderungen. Es muss eine Einrichtung geben, die Jugendliche während der Beantragung und Abrechnung unterstützt. Sie könnte auch Projekte miteinander vernetzen, wenn Jugendverbände in unterschiedlichen Staaten ähnliche Ideen haben. Wichtig ist auch, dass europäische Zusammenschlüsse von Jugendverbänden dauerhaft gefördert werden. Dann sind sie nicht mehr so abhängig davon, dass einzelne Projekte finanziert werden. Generell muss es mehr Möglichkeiten der Mitbestimmung für junge Menschen geben, ob in Schule, Ausbildung oder Studium.

5 GLEICHE RECHTE

» Wie werden die Rechte junger Menschen wie jene auf gute Ausbildung und Arbeit gesichert? Wie wird das Prinzip „gleiche Lohn für gleiche Arbeit" für alle Menschen erreicht? «

CDU/CSU: Wir stehen zur EU-Jugendgarantie. Sie ist eine gute Sache. Jungen Menschen soll innerhalb von vier Monaten nach Schulabschluss oder nachdem sie arbeitslos geworden sind ein Angebot für einen Arbeits- oder Ausbildungsplatz, eine Weiterbildungsmöglichkeit oder ein Praktikum gemacht werden soll. Wir sind stolz darauf, dass Jugendarbeitslosigkeit bei uns in Deutschland seit vielen Jahren kein großes Problem mehr ist. Das zeigt, wie wichtig eine starke Wirtschaft und ein starker Arbeitsmarkt für junge Menschen und für gute Löhne sind. Deutschland soll auch helfen, die Jugendarbeitslosigkeit in anderen Teilen der EU zu bekämpfen. Deshalb setzen wir uns für mehr Bildungs- und Ausbildungsmobilität und die einfachere Anerkennung von Abschlüssen ein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Gute Jobs und gerechte Löhne sind unsere Leitlinie. Mit klaren Mindeststandards beugen wir einem Wettlauf nach unten bei der sozialen Sicherung und Arbeitsbedingungen wirksam vor. Wir wollen Rechtssicherheit, -zugang und Durchsetzungsmöglichkeiten für Europäische Betriebsräte über eine Rahmenrichtlinie verbessern und setzen uns für eine stärkere Vertretung junger Beschäftigten und Auszubildenden ein. Wir wollen die EU-Mindestlohnrichtlinie konsequent und verbindlich umsetzen (in Deutschland wären das ca. 14 €), um Armut trotz Arbeit zu beenden. Wir wollen unbezahlte Praktika in der EU verbieten. Die Lohntransparenzrichtlinie ist ein Erfolg, sie stärkt so die Rechte der Arbeitnehmerinnen und muss in den Mitgliedstaaten konsequent umgesetzt werden. Außerdem wollen wir die Anerkennung vergleichbarer Berufsabschlüsse europaweit vereinfachen, damit Menschen ihren Beruf überall in Europa ausüben können.

SPD: Die europäische Jugendgarantie sichert allen Jugendlichen in Europa zu: Innerhalb von vier Monaten nach Deinem Schulabschluss, oder wenn Du arbeitslos wurdest, bekommst Du ein Angebot für einen Arbeitsplatz, eine Ausbildung, Weiterbildung oder Praktikum. Diese Garantie braucht mehr Geld und einen guten Qualitätsrahmen. In Deutschland haben wir jetzt eine Ausbildungsgarantie beschlossen. Für uns gilt der Grundsatz: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort". EU-Bürger*innen dürfen in allen Mitgliedstaaten eine Arbeit aufnehmen. Das ist gut, es muss aber fair und gerecht zugehen. Deshalb wollen wir stärkere Kontrollen gegen Lohnbetrug durchsetzen.

FDP: Es braucht gute Rahmenbedingungen für starke und wettbewerbsfähige Unternehmen, die beste Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Zurzeit leidet die Wirtschaft aber unter zum Teil schlechten Bedingungen, wie z. B. hohen Energiepreisen und zu viel Bürokratie. Das wollen wir ändern! Zudem wollen wir eine digitale Europäische Arbeitsplattform schaffen. Sie soll europaweit Job- und Ausbildungsplätze vermitteln und eine echte Koordinationsrolle für die nationalen Arbeitsagenturen in der EU übernehmen, um Jugendarbeitslosigkeit einerseits sowie den Fachkräftemangel andererseits in Europa zu bekämpfen.

DIE LINKE.: Viele Unternehmen bekommen Geld von der EU in Form von Subventionen und Investitionshilfen. Solche Hilfen müssen an Bedingungen gekoppelt werden: Unternehmen müssen Ausbildungsplätze anbieten und die Ausbildung auch gut bezahlen. Unternehmen sollen nur dann Subventionen erhalten, wenn sie Tarifverträge einhalten und Ausbildungsplätze schaffen. Wir wollen verhindern, dass Teile der Produktion in Länder mit niedrigerem Mindestlohn ausgelagert werden. Damit werden Lieferketten kürzer und ökologischer. Das sichert lokale Arbeitsplätze und stärkt die Regionen abseits der Metropolen. Es braucht Mindestlöhne, die vor Armut schützen und Mindeststandards für Arbeitsbedingungen in ganz Europa. Für Deutschland fordern wir einen Mindestlohn von 15 Euro.

6 QUEERNESS

» Wie können die Rechte und der Schutz von LGBTIQ*-Menschen in allen europäischen Ländern gestärkt werden? «

CDU/CSU: CDU und CSU setzen sich für die Gleichberechtigung von LSBTIQ*-Personen ein. Wir wenden uns klar gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Ausrichtung oder Geschlechtsidentität. Das ist wichtig, weil vielerorts die Rechte von LGBTIQ*-Menschen wieder in Frage gestellt werden. Partnerschaften und Kooperationen mit den Mitgliedstaaten der EU wollen wir offensiv dafür nutzen, um für unsere Werte der Offenheit und Toleranz zu werben. Mit dem sog. Rechtsstaatsmechanismus hat die EU ein Instrument entwickelt, um zur Verbesserung der Lebenssituation von LSBTIQ* beizutragen. Der rechtliche Schutz vor Diskriminierung soll verbessert werden. Ferner verpflichtet sich die Europäische-Kommission dazu, sich weltweit für die Rechte von LSBTIQ* einzusetzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir kämpfen gegen jegliche Einschränkungen der Rechte von queeren Menschen und wollen sicherstellen, dass sie Zugang zu Gesundheitsversorgung, rechtlicher Anerkennung und Schutz vor Diskriminierung haben. Die Erklärung der EU als „LGBTIQ* Freedom Zone" durch das Europäische Parlament war ein wichtiger Schritt, um die Rechte von LGBTIQ*-Personen in Europa zu verteidigen. Das systematische Vorgehen autoritärer Regierungen gegen queere Menschen müssen wir konsequent stoppen. Wir setzen uns für die grenzüberschreitende Anerkennung von Partnerschaften und Elternschaft innerhalb der EU ein, damit Regenbogenfamilien nirgendwo diskriminiert werden. Denn Familie ist da, wo Menschen füreinander sorgen, unabhängig von sexueller Orientierung.

SPD: Wir wollen ein Europa des Respekts. Respekt heißt für uns, unterschiedliche Lebensentwürfe zu respektieren und zu schützen. Es spielt keine Rolle, wo man herkommt, wie man lebt und wen man liebt, ob man jung oder alt ist. Weil wir Respekt haben vor jedem und jeder Einzelnen, sorgen wir für gleiche Chancen, ein Recht auf Teilhabe, gute Bildung und gute Arbeit. Sie sind die Grundlagen für ein selbstbestimmtes Leben. Die Rechte von LGBTIQ+-Personen sind Menschenrechte. Trotzdem müssen wir zunehmend erleben, wie in einigen Mitgliedsstaaten versucht wird, ihre Rechte zu unterlaufen. Wir werden nicht akzeptieren und zulassen, dass konservative und rechte Regierungen unsere erkämpften Rechte infrage stellen und angreifen.

FDP: Alltagsdiskriminierung und erst recht eine systematische Ausgrenzung dürfen in Europa keinen Platz haben. Wir fordern, dass Demonstrationen von LSBTIQ in allen EU-Ländern ungehindert und sicher stattfinden können. Wir wollen auch, dass innerhalb der EU geschlossene gleichgeschlechtliche Ehen und festgestellte Elternschaften mit allen Rechten und Pflichten in den EU-Mitgliedstaaten anerkannt werden. Rechtsakte der EU, die gegen Diskriminierung aufgrund von Rassismus gelten, müssen in Zukunft auch Homophobie und andere Diskriminierung umfassen. Alle Mitgliedstaaten sowie die EU-Beitrittskandidaten müssen die Bürgerrechte von LSBTIQ achten. Bei Verstößen sollen die Zahlungen der EU an die betroffenen Länder gestoppt werden.

DIE LINKE.: Wir stehen konsequent gegen Diskriminierung von queeren Menschen ein. Wir verurteilen queerfeindliche Gewalt aufs Schärfste. Diese muss national und in der EU genauer erfasst und konsequent verfolgt werden. Bildung hilft gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit Bildungsarbeit an Schulen und anderswo wollen wir deshalb fördern. Für uns ist wichtig: queere Menschen sind überdurchschnittlich von Armut betroffen. Deshalb brauchen sie Unterstützung, um sich gegen Diskriminierung und Ausgrenzung am Arbeitsmarkt wehren zu können. Entsprechende Projekte wollen wir fördern. Rechtliche Diskriminierung von Queers muss zu Sanktionen führen. Die Kommission muss regelmäßig Berichte über die Lebenslage von queeren Menschen vorlegen.

7 INKLUSIVES MITEINANDER

» Wie können die Gesellschaft und der öffentliche Raum inklusiver gestaltet werden? «

CDU/CSU: CDU und CSU wollen, dass alle jungen Menschen Chancen bekommen – sei es in der Schule, in der Freizeit oder auf dem Arbeitsmarkt. Hürden für Menschen mit Einschränkungen müssen abgebaut werden. Inklusion ist eine Aufgabe von uns allen. Deshalb begrüßen wir, dass der aktuelle Zyklus des EU-Jugenddialogs das Thema inklusive Gesellschaften hat. In unserem Europawahlprogramm sprechen wir uns für praktische Initiativen der Inklusion in Europa aus. Mit dem europäischen Behindertenausweis, der als zusätzliches Dokument das barrierefreie Reisen in der EU vereinfachen wird, kommen wir einen wichtigen Schritt voran. Ein Informationsportal für barrierefreies Reisen soll weitere Hürden abbauen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen eine inklusive Gesellschaft, die Benachteiligungen jeglicher Art überwindet und allen Menschen gleiche Chancen und Möglichkeiten bietet. Barrieren konsequent abzubauen, sichert Zusammenhalt, Wohlstand und Freiheit. Um selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, wollen wir eine stärkere Förderung von selbstständigem Wohnen, inklusivem Leben und Arbeiten. Dazu wollen wir insb. die Teilhabe an Arbeit und Ausbildung fördern und konsequent ausbauen. Die EU kann dazu beitragen, Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft, Rassismus, sexueller Orientierung, Behinderung oder Alter zu bekämpfen. Wir kämpfen für die Umsetzung der EU-Strategie zugunsten von Menschen mit Behinderungen und setzen uns für EU-weite Barrierefreiheit ein.

SPD: Wir wollen ein Europa des Respekts. Weil wir Respekt haben vor jedem und jeder Einzelnen, sorgen wir für gleiche Chancen, ein Recht auf Teilhabe, gute Bildung und gute Arbeit. Mit der neuen Strategie für Menschen mit Behinderungen sollen Chancengleichheit sowie der gleichberechtigte Zugang zur Teilhabe am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben noch stärker gefördert werden. Wir setzen uns für einen europäischen Behindertenausweis sowie die Verbesserung des Europäischen Parkausweises für Menschen mit Behinderungen ein, mit dem Ziel, Teilhabebarrieren abzubauen und Nachteilsausgleiche im Bereich der Mobilität, Kultur, Freizeit und dem Sport zu nutzen. So sollen die Rechte von Menschen mit Behinderungen in allen europäischen Mitgliedsstaaten geltend gemacht werden.

FDP: Für Menschen mit Behinderung müssen Teilhabe und eine selbstbestimmte Lebensweise selbstverständlich werden. Der neue EU-Behindertenausweis muss die unabhängige Lebensführung sowie die Freizügigkeit von Menschen mit Behinderung in der gesamten EU verbessern. Die EU soll ihre Informationen, Formulare und Bescheide ihren Bürgerinnen und Bürgern mit und ohne Handicap barrierefrei und in Leichter Sprache zugänglich machen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass das grenzenlose Europa der Bildung und Ausbildung auch für Menschen mit Behinderung und Assistenzbedarf erlebbar ist.

DIE LINKE.: Alle Bereiche der Gesellschaft sollen barrierefrei und inklusiv gestaltet werden: Verkehr, Kommunikation, Bildung, Medizin, Verwaltung, demokratische Beteiligung, Geschäfte, Arbeitsmarkt etc. Wir wollen keine Sondereinrichtungen für Menschen mit Behinderungen. Wir fordern, dass auch Menschen mit Behinderungen in Werkstätten den Mindestlohn bezahlt bekommen. Wir wollen einen Europäischen Behindertenausweis, der Zugang zu besonderen Hilfen in allen Mitgliedsstaaten sichert. Außerdem fordern wir Programme für diejenigen, die mehrfach diskriminiert werden, bspw. Geflüchtete, Frauen oder LGBTIQ* mit Behinderungen.

8 DEMOKRATISIERUNG

» Wie wird die freiheitliche Demokratie auf allen Ebenen in allen europäischen Ländern gestärkt? «

CDU/CSU: Uns ist wichtig, dass alle Menschen in Europa ein Leben in Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratie führen können. Das Erstarken antidemokratischer Kräfte bedroht derzeit vielerorts die freiheitliche Demokratie und verlangt unseren vollen Einsatz für unser freiheitliches Europa. Dafür gibt es Verfahren zum Schutz der Grundwerte der EU im EU-Vertrag und seit 2020 einen neuen EU-Rechtsstaatsmechanismus, mit dem Zahlungen an Mitgliedstaaten ausgesetzt werden können, wenn diese gegen die Rechtsstaatlichkeit verstoßen, etwa die Pressefreiheit, die Freiheit von Forschung und Lehre an den Hochschulen oder die Unabhängigkeit der Richter in Frage stellen. CDU und CSU sprechen sich dafür aus, diese Regelung, wenn nötig, konsequent zu nutzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Überall in Europa ist die Demokratie unter Druck. Deswegen treten wir Demokratiefeind*innen entschieden entgegen. Unsere Demokratie ist stark, weil eine lebendige Zivilgesellschaft sie mitgestaltet. Wir unterstützen eine grenzüberschreitende und europäische Zivilgesellschaft. Im Parlament haben wir uns erfolgreich für ein europäisches Vereinsrecht eingesetzt, damit zivilgesellschaftliche Initiativen EU-weit rechtlich abgesichert arbeiten können. Wir setzen uns dafür ein, dass Förderprogramme angemessen ausgestattet werden, die Initiativen unterstützen, die sich für die Gleichberechtigung aller Menschen stark machen und aktiv sind, wo Rechtsstaatlichkeit und Demokratie besonders unter Druck stehen. Wir wollen die Demokratie in der EU ausbauen, mit mehr Mitsprache fürs Parlament, mehr Handlungsfähigkeit durch die Abschaffung nationaler Vetos und mehr Transparenz. Regeln und Instrumente zur Verteidigung der Rechtsstaatlichkeit müssen konsequent angewendet werden.

SPD: Europa ist stark, wenn seine Demokratie geachtet wird. Ist ein Mitgliedsstaat nicht demokratisch, soll das Folgen haben: Wer z. B. Richter*innen nicht frei arbeiten lässt oder die Presse behindert, soll hohe Geldstrafen zahlen müssen. Wer das weitermacht, soll zudem sein Stimmrecht als Mitgliedstaat für eine Zeit verlieren, auch, um durch unsachliche Widersprüche die EU nicht am Arbeiten zu hindern. Zudem wollen wir, dass konsequent gegen Falschmeldungen auf Internet-Plattformen vorgegangen wird.

FDP: Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sind das Fundament, auf dem die EU aufgebaut ist. Wir setzen uns für eine EU ein, die diese Werte auch nach innen verteidigt und konsequent gegen autokratische Regierungen vorgeht. Künftig soll der Europäische Gerichtshof (EuGH) auf Antrag eines Mitgliedstaats, der Kommission oder des Parlaments die Auszahlung von EU-Geldern stoppen können. Wir fordern zudem eine schnelle und konsequente Reaktion bei Angriffen auf die Pressefreiheit durch Mitgliedstaaten der EU. Eine unabhängige Medienaufsicht in der EU und den Mitgliedstaaten ist für uns zentral. Zudem unterstützen wir zivilgesellschaftliches Wirken gemeinnütziger Vereine, Organisationen und Stiftungen als wichtigen Pfeiler zur Stärkung der Demokratie.

DIE LINKE.: Demokratie heißt nicht nur politische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Teilhabe. Mindestlöhne, Maßnahmen gegen (Alters-) Armut & Jugendarbeitslosigkeit, soziale Absicherung, und soziale Rechte stärken die Demokratie genauso wie gerechte Steuerpolitik und andere Formen der Umverteilung von oben nach unten.Die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten soll regelmäßig in jedem Land geprüft werden. Auf Verstöße müssen Sanktionen folgen. Demokratie darf nicht an den Werkstoren enden. Wir wollen EU-weit die Mitbestimmung von Betriebsräten stärken. Sie müssen über Entlassungen, Investitionen oder Standortverlagerungen mitentscheiden. Wenn Jugendliche betroffen sind, müssen auch sie beteiligt werden.

9 WAHLALTER

» Sollten alle jungen Menschen europaweit immer ab 16 wählen dürfen? Können Sie sich eine (weitere) Senkung des aktiven und passiven Wahlalters vorstellen? «

CDU/CSU: Neben Österreich, Malta und Griechenland ist Deutschland erst das vierte Land in Europa, das die Europawahl ab 16 ermöglicht. Nun gilt es erstmal Erfahrungen mit der neuen Regelung zu sammeln und die Ergebnisse, z. B. wie stark das Interesse der unter 18-Jährigen an der Wahl ist, auszuwerten. Schließlich ist in unserer Verfassung das Wahlalter nicht ohne Grund eigentlich auf die Volljährigkeit bezogen, also den Zeitpunkt, an dem junge Menschen die rechtliche Verantwortung für sich übernehmen und voll geschäftsfähig sind. Eine weitere Absenkung des Wahlalters oder die Ausweitung der Absenkung des Wahlalters auf die Bundestagswahl lehnen CDU und CSU ab.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Viele reden über Jugendliche und ihre Bedürfnisse. Wir wollen, dass sie selbst zu Wort kommen und ein Mitspracherecht für das Europa haben, in dem sie leben. Junge Menschen sind derzeit im politischen Geschehen massiv unterrepräsentiert. Darum ist es gut, dass jetzt in Deutschland Jugendliche ab 16 Jahren erstmals bei der Europawahl wählen können. Wir setzen uns dafür ein, dass dies in allen Mitgliedstaaten und in Deutschland auf allen Ebenen Wirklichkeit wird. Wir wollen, dass Jugendliche besser an politischen Prozessen beteiligt werden. Eine weitere Absenkung des Wahlalters prüfen wir kontinuierlich.

SPD: Wir haben in der SPD-geführten Bundesregierung dafür gesorgt, dass Jugendliche bei den kommenden Europawahlen mitentscheiden dürfen – indem wir das aktive Wahlalter von 18 auf 16 Jahre gesenkt haben. Um dies auch für die Wahlen zum Deutschen Bundestag so zu regeln, braucht es eine Grundgesetzänderung mit Zwei-Drittel-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat. Erst durch die entsprechende Absenkung des passiven Wahlalters aber wären Jugendliche wirklich am demokratischen Entscheidungsprozess beteiligt. Allerdings: Jede Altersgrenze bleibt willkürlich. Perspektivisch sollte für junge Menschen die individuelle Bereitschaft zu wählen entscheidender sein als eine objektive Altersgrenze – ähnlich wie am Lebensende auch.

FDP: Das Wahlrecht ist der Schlüssel zur politischen Teilhabe. Es ist das vornehmste Recht in einer Demokratie. Die Ausweitung des Wahlrechts war stets Zeichen des gesellschaftlichen Fortschritts. Junge Menschen nehmen bereits in vielen Lebensbereichen Verantwortung wahr. Sie sind auch diejenigen, die am längsten von politischen Entscheidungen beeinflusst werden. Deshalb sind wir Freie Demokraten für eine allgemeine Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre für die Wahlen zum Europäischen Parlament – in Deutschland haben wir dies als Teil der Bundesregierung bereits umgesetzt. Zugleich wollen wir die politische Bildung an allen Schulformen stärken.

DIE LINKE.: Ja. Wir wollen das aktive Wahlrecht in allen EU-Mitgliedsländern auf 16 Jahre senken. Dies wird in Deutschland bei dieser Europawahl der Fall sein. Leider konnten sich das Parlament und die Mitgliedsstaaten immer noch nicht auf eine umfassende Reform des EU-Wahlrechts einigen. Deshalb dürfen nicht in allen EU-Staaten Menschen ab 16 Jahren wählen. Das wollen wir ändern. Wir setzen uns auch für eine weitere Absenkung des Wahlalters ein und haben deshalb in unserem Bundestagswahlprogramm 2021 eine Absenkung auf 14 Jahre gefordert.

10 POLITISCHE BILDUNG

» Wie wird die politische Bildung in und über Europa innerhalb und außerhalb von Schule, Ausbildung und Studium gestärkt? «

CDU/CSU: CDU und CSU sehen in der politischen Bildung einen Schlüssel zur Stärkung der Demokratie und des europäischen Zusammenhalts. Deshalb begrüßen wir, dass die politische Bildung Teil der nationalen Lehrpläne für die allgemeine Bildung in allen Mitgliedstaaten ist. Allerdings liegt der Fokus auf der nationalen Ebene, weniger auf der europäischen Dimension. Wir setzen uns dafür ein, dass Europa eine prominentere Rolle in der politischen Bildung erhält. Die europäische Gesetzgebung, die Rolle der Kommission und des Europäischen Parlaments, die Verteilung der Zuständigkeiten und das Zusammenspiel von EU und Mitgliedstaaten müssen ebenso Gegenstand der politischen Bildung sein, wie die Geschichte der EU und vor allem unsere gemeinsamen europäischen Werte.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir wollen eine Europäische Zentrale für politische Bildung gründen. Sie soll sich vor allem an junge Jugendliche und junge Erwachsene wenden, zugleich aber allen Bürger*innen als Informationsquelle zur Verfügung stehen und breite Angebote im digitalen Raum schaffen. Sie kann den europäischen Gedanken und komplexe europäische Prozesse zielgruppengerecht erklären. Diese Zentrale soll zudem die digitale Medienkompetenz der Menschen in Zeiten von Desinformation und Fake News stärken. Sie soll unabhängig und nach klaren wissenschaftlichen und ethischen Kriterien arbeiten können. So fördern wir unsere demokratischen Werte und stärken den Einsatz gegen Diskriminierung.

SPD: Demokratie braucht politische Bildung – innerhalb und außerhalb von Schule. Schule erreicht alle jungen Menschen. Hier müssen die wesentlichen Grundlagen von demokratischer politischer Bildung vermittelt werden. Angesichts der derzeit großen Unterschiede – je nach Bundesland und Schulform – wollen wir hier zu länderübergreifenden Standards kommen. Politische Bildung in der Schule muss so früh wie möglich einsetzen, spätestens aber in Klasse 5. Wichtige Orte der außerschulischen Bildung sind Kinder- und Jugendverbände, Vereine sowie Jugendfreiwilligendienste im In- und Ausland. Unser Ziel bleibt es daher, den Kinder- und Jugendplan des Bundes bedarfsgerecht auszustatten und die Jugendfreiwilligendienste nachfragegerecht auszubauen.

FDP: Wir wollen – in Anlehnung an die Arbeit der Bundeszentrale für politische Bildung bei uns in Deutschland – neutrale politische Bildung und Informationen europaweit aufarbeiten und digital erlebbar machen, indem wir einen Europa-Hub für politische und digitale Bildung schaffen.

DIE LINKE.: Von der Kita über Ausbildung bis zur Uni wollen wir Bildung kostenfrei anbieten. Bildung muss für alle offen sein und uns helfen, selbstbewusst zu handeln und zu denken. Das sind auch die zentralen Orte für politischen Bildung, weil hier alle erreicht werden. Deutschland muss mehr in Bildung investieren. Den Personalnotstand bei Erzieher*innen und Lehrer*innen wollen wir beseitigen. Auch außerhalb von Schule und Universität wollen wir für Jugendliche politische Bildung verbessern, insbesondere auch über online-Formate. Dafür muss es Experimentiermöglichkeiten geben. Hier sind junge Menschen die Expert*innen: sie wissen selbst am besten, wie sie Gleichaltrige über Netz und soziale Medien erreichen können. Jugendzentren und Freiräume in Städten wollen wir stärker fördern – auch da findet politische Bildung statt.

11 UNGLEICHHEIT

» Was kann gegen die wachsende soziale Ungleichheit in Europa unternommen werden? «

CDU/CSU: Wir sind davon überzeugt, dass eine gut funktionierende Wirtschaft und ein solider Haushalt sozialer Ungleichheit am besten entgegenwirken. Wichtig ist, dass Menschen gute Arbeitsplätze haben. Wenn wir durch eine nachhaltige Wirtschaftspolitik und einen funktionierenden europäischen Binnenmarkt überall in der EU eine positive Wirtschaftsentwicklung haben, können die Mitgliedstaaten durch Steuereinnahmen und Sozialbeiträge ihren Sozialstaat mit sicherer Rente, gutem Gesundheitssystem und Hilfe für die Schwächsten finanzieren. Dagegen lehnen wir ab, die EU zu einer Schuldenunion zu machen. Denn dadurch verringert sich nicht die Ungleichheit, sondern es werden der jungen Generation Lasten auferlegt, die sie in Zukunft bezahlen müssen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Soziale Ungleichheit erzeugt nicht nur Frust bei den Menschen - sie ist unfair und kostet der Gesellschaft richtig viel Geld. Wir setzen uns daher für soziale Mindeststandards ein. Alle EU-Bürger*innen sollen ein Recht darauf haben, durch die Sozialsysteme ihres Heimatlandes vor Armut geschützt zu werden. Bezahlbarer Wohnraum, gute Bildung und qualitative Krankenversorgung sind wichtige Elemente für eine gerechte Gesellschaft. Wir setzen uns dafür ein, dass alle ihren fairen Beitrag für die Finanzierung dieser Angebote leisten und kämpfen deshalb gegen Steuerhinterziehung und Steueroasen. Wir wollen dafür auch sehr hohe Vermögen und Milliardengewinne von Unternehmen heranziehen.

SPD: Armut und Ungleichheit spalten Europa und schwächen den Zusammenhalt. Die Europäische Säule sozialer Rechte bleibt deshalb für uns handlungsleitend. Starke soziale Sicherungssysteme ermöglichen ein Leben in Würde. Wir wollen, dass es überall in der Europäischen Union solide Netze sozialer Sicherheit gibt. Deshalb setzen wir uns für Mindeststandards für die nationalen Grundsicherungssysteme ein, die eine angemessene, armutsfeste Einkommensunterstützung sowie Leistungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt gewährleisten. Bis 2030 wollen wir in der EU fünf Millionen Kinder aus der Armut holen. Wir werden die nationale Umsetzung der Europäischen Kindergarantie begleiten und ausreichend EU-Mittel dafür zur Verfügung stellen.

FDP: Die EU muss eine gute Politik für eine starke Wirtschaft machen. Nur so können in Europa gute Jobs und soziale Aufstiegschancen entstehen. Hier ist in den letzten Jahren unter Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen (CDU) viel zu wenig passiert. Wir wollen die Wirtschaft ankurbeln, z. B. durch den Abbau von Bürokratie, durch mehr Freihandel und Technologieoffenheit in Zukunftsbereichen wie Künstlicher Intelligenz und Gentechnik. Sozialpolitik und Umverteilung sind dagegen Aufgabe der Mitgliedstaaten und wir wollen, dass das auch so bleibt. Die EU kann hier als länderübergreifende Organisation keine zielgenaue Politik machen, da die Ausgangssituation und die Problemlagen in den jeweiligen Mitgliedstaaten und Regionen viel zu unterschiedlich sind.

DIE LINKE.: Die Reichsten werden immer reicher. Aber jedes vierte Kind in der EU ist von Armut bedroht. Die großen Lebensmittel- und Energiekonzerne machen Rekordgewinne. Aber wir alle müssen mehr für Essen, Heizen und Strom zahlen. Das ist nicht gerecht. Krisen- und Spekulationsgewinne müssen besteuert werden, genauso wie das Vermögen der Superreichen. Wenn wir die europäischen Milliardäre gerecht besteuern, kann Armut in der EU abgeschafft werden. Wir können in öffentliche Infrastruktur investieren: den Nahverkehr ausbauen; in gute Bildung und Gesundheitsversorgung. Davon profitieren alle. Wir wollen Niedriglöhnen einen Riegel vorschieben: Deshalb haben wir im Europaparlament die Mindestlohnrichtlinie mit durchgesetzt. Der Mindestlohn muss für Deutschland auf 15 EUR steigen, um Armut zu verhindern.

12 RECHTSEXTREMISMUS

» Was unternehmen Sie auf der europäischen Ebene gegen den wachsenden Nationalismus und Rechtsextremismus? «

CDU/CSU: Rechtsextremismus und Antisemitismus dürfen keinen Platz in Deutschland und Europa haben. Dass rechtsextreme, ausländerfeindliche und antisemitische Straftaten zugenommen haben, ist besorgniserregend.
Das Erstarken rechtspopulistischer und rechtsextremer Parteien bedroht das Fundament Europas und der freiheitlichen Demokratie. Jede Form des Extremismus – egal ob von Rechts- oder Linksextremisten oder Islamisten – muss mit voller Härte bekämpft werden. Wir setzen dabei auf noch bessere europäische Zusammenarbeit von Polizei und Behörden. Gleichzeitig gilt es bei Jugendlichen schon früh ein Bewusstsein für die Gefahren zu schaffen und extremistische Parteien und Strömungen mit besseren Argumenten und einer besseren Politik zu stellen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Demokratie, Freiheit und friedliches Zusammenleben gehören für uns zu den europäischen Grundwerten, die wir vehement verteidigen. Antisemitismus, Rassismus, Queerfeindlichkeit und allen anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entgegen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mitgliedstaaten mehr für Rechtsstaatlichkeit tun und entschieden gegen den wachsenden Nationalismus und Rechtsextremismus vorgehen. Wir wollen zivilgesellschaftliche Organisationen stärken, die für Demokratie und Minderheitenrechte eintreten. Wir wollen EU-weit Programme zur Prävention, Deradikalisierung sowie Angebote für Aussteiger*innen aus der rechtsextremen Szene einführen. Gegen Hass, Hetze und Desinformation im Netz gehen wir entschieden vor.

SPD: Das beste Mittel gegen Feinde der Demokratie sind Menschen mit fester demokratischer Überzeugung. Die Herausforderung ist, dass man die Demokratie gelernt werden kann und auch gelernt werden muss. Zudem haben sich alle EU-Mitgliedstaaten dazu verpflichtet, demokratisch zu sein und gegen die Feinde der Demokratie vorzugehen. Wie zu Frage 8 schon aufgezählt, wollen wir hier noch stärkere Möglichkeiten, gegen Mitgliedstaaten vorzugehen, die nicht genug gegen Feinde der Demokratie vorgehen.

FDP: Extremismus und Terrorismus sind eine Bedrohung für unsere Demokratie und unsere offene und freie Gesellschaft. Rechtsextreme Netzwerke machen weder an den Grenzen der Bundesländer noch an nationalen Grenzen halt. Wir setzen uns daher dafür ein, bestehende Abkommen bei der Strafverfolgung gemeinsam mit den europäischen Partnern konsequent zu nutzen. Zudem wollen wir die europäische Polizeibehörde Europol zu einem Europäischen Kriminalamt ausbauen: Die Behörde muss bei grenzüberschreitenden Sachverhalten sowie im Bereich der Gefahrenabwehr mit wirksamen Ermittlungsbefugnissen die Arbeit der Mitgliedstaaten koordinieren und unterstützen können. Zum Schutz der Demokratie gehört außerdem, dass die EU gegen Angriffe durch Desinformationskampagnen ausländischer Akteure gewappnet ist.

DIE LINKE.: Das Leben von vielen Menschen hat sich verschlechtert. Auch, weil es viele Krisen gab und an der sozialen Absicherung der Menschen gespart wurde. Das hat eine Basis für den europaweiten Aufstieg der Extremen Rechten geschaffen. Antifaschismus muss also mit dem Kampf für Umverteilung und Demokratisierung verbunden sein.
Die Linke vertritt die Interessen von allen, die gegen Rechtsextremismus kämpfen. Wir wollen mehr Geld für Initiativen gegen Rechts bereitstellen. Rechtsterrorist*innen sind oft EU-weit vernetzt. Erkenntnisse dazu müssen in Monitoring-Projekten gesammelt und ausgewertet werden.

13 MIGRATION

» Wie kann Europa von Migration profitieren? Wie kann eine menschenfreundliche Asylpolitik aussehen und das Sterben von Menschen im Mittelmeer beendet werden? «

CDU/CSU: Von der legalen Zuwanderung von Fachkräften profitieren wir in Deutschland und Europa. Diese wollen wir durch die digitale Bearbeitung und die schnelle Erteilung von Arbeitsvisa erleichtern. Davon unabhängig stehen wir zu unserer humanitären Verpflichtung, verfolgten Menschen zu helfen. Dies geht nur, wenn wir die irreguläre Migration stoppen. Wir müssen unsere EU-Außengrenzen besser schützen. Die europäische Grenzschutzagentur Frontex soll zu einer echten Grenzpolizei und Küstenwache werden. Auch wollen wir das Konzept der sicheren Drittstaaten umsetzen. D. h., dass die Asylverfahren außerhalb der EU in Partnerstaaten stattfinden, die rechtsstaatliche Verfahren garantieren. Europa soll darauf basierend Kontingente schutzbedürftiger Menschen aufnehmen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Europa braucht Migration, denn uns fehlen Hunderttausende Fach- und Arbeitskräfte. Gleichzeitig müssen wir unserer Verantwortung gerecht werden und Menschen Schutz bieten, die vor Krieg und Verfolgung fliehen. Wenn es mehr Möglichkeiten gibt, legal nach Europa zu kommen, fliehen weniger Menschen über gefährliche Fluchtrouten. Menschenrechte müssen auch an den Außengrenzen geachtet werden. Schutzsuchende sollten fair in Europa verteilt werden, sowie faire und schnelle Asylverfahren bekommen. Arbeitsverbote gehören abgeschafft. Das Sterben auf dem Mittelmeer muss endlich beendet werden. Dafür wollen wir eine europäisch koordinierte Seenotrettung schaffen. Wir wollen auch die staatliche Unterstützung ziviler Seenotrettungsorganisationen verbessern.

SPD: Die EU-Länder profitieren sehr davon, dass ihre Bürger*innen frei sind, in allen Mitgliedsstaaten zu leben und zu arbeiten. Weil so viel zu tun ist, brauchen wir in Deutschland aber noch mehr Arbeitskräfte, die aus dem Nicht-EU-Ausland kommen sollen. Dafür wollen wir die Regelungen vereinfachen. Zudem fliehen Menschen in die EU, um hier Schutz zu suchen. Hier wollen wir, dass alle (!) Mitgliedstaaten mit dafür sorgen, dass das mit viel Menschlichkeit und ordentlichen Asyl-Verfahren passiert.

FDP: Die Bevölkerung der Mitgliedstaaten der Europäischen Union schrumpft. Deshalb brauchen wir dringend Einwanderung in den Arbeitsmarkt. Wir setzen uns dafür ein, dass die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass kluge Köpfe in den europäischen Arbeitsmarkt einwandern. Auf der anderen Seite muss die Migration von Menschen ohne Bleiberecht in die EU reduziert werden. Wir wollen schnellere Asylverfahren und konsequente Rückführungen. Um das Sterben von Menschen im Mittelmeer zu beenden, befürworten wir die Einrichtung Europäischer Asylzentren an der EU-Außengrenze. Dort sollen schnelle und effiziente Asylverfahren gewährleistet werden. Außerdem wollen wir Fluchtursachen bekämpfen.

DIE LINKE.: Die EU-Asylpolitik muss komplett anders werden. Wir brauchen sichere Fluchtwege nach Europa. Vorverlagerung von Grenzkontrollen und shady Deals mit Diktaturen wie der Türkei oder Tunesien lehnen wir ab. Frontex muss zu einer EU-finanzierten Seenotrettungsorganisation umgebaut werden. Seenotrettung von Aktivist*innen darf nicht kriminalisiert werden. Das Europäische Asylsystem lässt Menschen sterben und ist ein Einknicken vor den Rechten. Schutzsuchende müssen menschenwürdig versorgt und untergebracht werden. Die Kosten für die Aufnahme von schutzsuchenden Menschen müssen solidarisch von allen EU-Staaten getragen werden. Aufnahmebereite Länder, Städte und Regionen sollen mit EU-Mitteln besonders unterstützt werden.

14 WIRTSCHAFT

» Was wird gegen neue Krisen in der Wirtschaft auf europäischer Ebene unternommen und wie sollen andere EU-Länder in Krisen unterstützt werden? «

CDU/CSU: Einen starken Wirtschaftsstandort Deutschland gibt es nur in einem starken Europa. Gemeinsam sind wir auch besser gegen Krisen gewappnet. Deshalb wollen wir den EU-Binnenmarkt stärken und die europäische Wirtschaft noch besser aufstellen mit Forschung und Innovation, Digitalisierung und einem Belastungsstopp. Wir wollen eine verantwortungsvolle Finanzpolitik in Europa. Jeder Mitgliedstaat haftet für seine eigenen Schulden. Allen Formen einer Haftung Deutschlands für Schulden anderer Staaten oder für Spareinlagen in anderen Staaten (Einlagensicherung) erteilen wir eine klare Absage. Wir müssen unsere Rohstoffe aus mehr Ländern beziehen und verbrauchte recyclen, Ernährungssicherheit in den Mittelpunkt der EU-Agrarpolitik stellen und Medikamente wieder vermehrt in Europa produzieren. Auch unsere Energieversorgung können wir nur im europäischen Verbund sichern und Krisen bewältigen. Deshalb werden wir die grenzüberschreitenden Energienetze ausbauen sowie erneuerbare Energien und eine EU-Wasserstoffstrategie voranbringen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wir müssen die Wirtschaft in Europa krisenfest machen. Dazu brauchen wir die vereinte Kraft der EU, denn selbst große Staaten wie Deutschland können das nicht alleine stemmen. Das heißt: Wir müssen unseren Wohlstand künftig klimaneutral erwirtschaften, wir müssen unseren Kontinent digitalisieren und bei neuen Technologien weltweit führend werden. Um das zu erreichen, wollen wir mit einem großen Investitionsprogramm die Voraussetzung schaffen, mit Stromtrassen, Solaranlagen und Windparks, Wasserstoff, grünem Stahl und einem gestärkten Programm für Forschung und Innovation. Bei Lieferketten und Rohstoffen wollen wir unsere Bezugsquellen diversifizieren. Damit machen wir Europa auch unabhängiger von Autokraten und damit krisenfester.

SPD: Durch weitsichtige Politik wurde die Wirtschaft während und nach der Pandemie stabilisiert. Eine wichtige Rolle haben der europäische Wiederaufbaufonds und das Kriseninstrument für Kurzarbeit SURE eingenommen. Wir setzen uns für dauerhaft angelegte Instrumente ein, um die europäische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmer in der Transformation zu unterstützen und akuten Krisensituationen auch durch gemeinschaftliche Kreditaufnahme solidarisch zu begegnen. Das Kriseninstrument SURE möchten wir weiterentwickeln, so dass alle Mitgliedsstaaten auch in wirtschaftlichen Krisenzeiten ihre wichtigen sozialen Sicherungssysteme durch eine dauerhafte europäische Arbeitslosenrückversicherung erhalten können (keine dauerhaften Finanztransfers).

FDP: Im systemischen Wettbewerb mit anderen Regionen der Welt ist unsere Wirtschaftskraft der entscheidende Faktor. Durch die Schärfung der Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft, durch mehr Freihandel mit der Freien Welt und durch die Vollendung des Digital- und des Energie-Binnenmarktes schaffen wir einen starken und krisenfesten Wirtschaftsraum sowie Chancen für Wachstum und Wohlstand für alle. Im Krisenfall unterstützen wir effektive Sofortmaßnahmen wie eine Schnellzulassung für kritische Güter. Wir brauchen mehr Innovationen innerhalb der EU. Deshalb wollen wir es einfacher machen, digitale Geschäftsmodelle groß zu machen und grenzübergreifende Start-ups zu gründen. Denn junger Erfindergeist ist die Wirtschaft von morgen.

DIE LINKE.: Die Krise heißt Kapitalismus. Er ist nicht an den Interessen der Menschen orientiert, sondern am maximalen Profit einer kleinen Minderheit. Kapitalismus führt immer wieder zu Krisen, die die am stärksten treffen, die eh schon wenig haben. Deshalb müssen wir die Wirtschaft sozial und ökologisch gerecht umbauen. Das heißt: höhere Löhne und mehr Mitbestimmung für die Beschäftigten. Mehr Vorgaben für die Konzerne, damit sie echten Klimaschutz umsetzen. Mehr regionale und ökologische Produkte. Wenn andere EU-Länder in Krisen sind, müssen sie dabei von der gesamten EU unterstützt werden.

15 KLIMASCHUTZ

» Mit welcher Finanz- und Wirtschaftspolitik lassen sich die Klimaziele erreichen und welche grundlegenden Veränderungen werden Sie im Bereich Umweltpolitik umsetzen? Welche Verbote sind notwendig? «

CDU/CSU: Wir sehen Wirtschaft, Energie und Klimaschutz als Einheit. Ohne Klimaschutz kann unsere Wirtschaft nicht wettbewerbsfähig bleiben, ohne wettbewerbsfähige Wirtschaft kann es aber auch keinen nachhaltigen Klimaschutz geben. Klimaschutz gestalten wir mit den Menschen und Betrieben, nicht gegen sie. Wir wollen alle Branchen dabei unterstützen, ihre Produktionsweisen klimafreundlich zu gestalten. Wir setzen dabei auf Innovation und Forschung, auf Anreize und wirtschaftliche Instrumente, vor allem auf den Emissionshandel, der CO2 einen Preis gibt. Eine Verbotspolitik gegen die Menschen lehnen wir dagegen ab.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nur eine klimaneutrale Wirtschaft kann unseren Wohlstand auch morgen sichern und gleichzeitig unsere Lebensgrundlagen erhalten. Dafür wollen wir die Weichen stellen. Ein Kernelement für diese Aufgabe ist die EU-Taxonomie. Sie legt fest, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit eine Investition „nachhaltig" ist. Wir wollen die Umweltpolitik deutlich stärken und besonders dafür sorgen, dass wir die Natur wiederherstellen, um ihre wichtigen Funktionen für den Klimaschutz zu nutzen und die Biodiversität zu schützen. Dafür wollen wir Schadstoffe, etwa aus Dünger und Chemikalien, reduzieren und gleichzeitig neue Technologien und Materialien entwickeln, die im Einklang mit unseren Ökosystemen eingesetzt werden können.

SPD: Um klimaneutral zu werden, brauchen wir europaweit sehr viel mehr erneuerbare Energien und die entsprechenden Netze dazu – vom Strom bis zum Wasserstoff, und zwar grenzüberschreitend. So können wir die Sonne in Spanien genauso nutzen wie die Erdwärme in Schweden. Auch die Landwirtschaft muss mit ins Boot und ihre Ziele deutlich mehr an Klimawirkung als nur an Preisen und Erträgen auszurichten. Wir brauchen kluge und klare Regeln für E-Autos – auch schlanke, günstige Modelle müssen her, nicht nur E-SUV. Und wir brauchen sehr viele Investitionen und sehr viele neue Ideen, in der und für die Wirtschaft in Europa.

FDP: Wir setzen auf den europäischen Emissionshandel, um die Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist für uns das wirksamste Mittel der Klimapolitik. Das bedeutet, dass es ein Limit von klimaschädlichen Emissionen gibt, die von Unternehmen ausgestoßen werden dürfen. Unternehmen können die Zertifikate dafür kaufen und verkaufen. So werden Emissionen dort eingespart, wo das am günstigsten möglich ist. Die Menge der Zertifikate wird per Gesetz stetig verringert, sodass die Klimaziele sicher erreicht werden. Dieses System wollen wir auf alle klimaschädlichen Bereiche und auch international ausweiten. Ein großer Vorteil: einzelne Technologien müssen nicht umständlich verboten werden! Das sorgt für weniger Papierkram und hält den Weg für Innovationen und verbesserte Technologien offen.

DIE LINKE.: Wir müssen die Klimakrise und die Naturzerstörung aufhalten. Das wollen wir sozial gerecht machen: CO_2 Preise bringen nichts, solange es keine Alternativen gibt. Wir fordern kostenfreie Busse und Bahnen, überall mehr Verbindungen, mehr erneuerbare Energien. Nicht alle Einzelnen, sondern die ganze Gesellschaft muss verändert werden. Die Industrie muss klimafreundlich umgebaut werden und andere Dinge herstellen. Zum Beispiel weniger Autos und dafür mehr Straßenbahnen, Solarpaneele oder Krankenhausequipment. Unternehmen, die das machen, werden gefördert und die Beschäftigten können mit Umschulungen unterstützt werden. Den Luxuskonsum der Superreichen müssen wir stoppen: Privatjets und Luxusyachten wollen wir EU-weit verbieten.

16 GESUNDHEIT

» Wie kann der Schutz der Gesundheit gestärkt werden? Was soll im Bereich Mentale Gesundheit, gerade für junge Menschen, getan werden? «

CDU/CSU: Die Coronapandemie hat deutlich gezeigt, wie wichtig die europäische Zusammenarbeit ist. Das gilt nicht nur für die erfolgreiche Bekämpfung von grenzüberschreitenden Pandemien. Europa muss sich auch zusammenschließen und seine Forschungsanstrengungen bündeln, um Fortschritte im Kampf gegen Krankheiten wie Krebs oder auch Endometriose zu erreichen. Das gilt auch für das Thema psychische Gesundheit. Deshalb sind wir für einen EU-Aktionsplan für psychische Gesundheit. Gerade junge Menschen müssen mental gestärkt werden. Wenn jemand krank ist, muss er zielgerichtete Unterstützung erhalten. Wir wollen sicherstellen, dass dies für alle Europäerinnen und Europäer gilt. Auch müssen wir das Stigma bekämpfen, das oft mit psychischen Erkrankungen einhergeht.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Um den Gesundheitsschutz zu stärken, fordern wir verbesserte Kooperation zwischen den Ländern bei Gesundheitskrisen, sowie verbindliche Mindeststandards in den sozialen Sicherungssystemen für alle EU-Bürger*innen. So können sich alle Menschen in Europa auf starke Sozialsysteme verlassen. Die mentale Gesundheit, besonders bei jungen Menschen, muss priorisiert und die Stigmatisierung beendet werden. Wir unterstützen die EU-Strategie für psychische Gesundheit. Für eine sichere Arzneimittelversorgung befürworten wir Reformen, um stabile Lieferketten zu schaffen und Engpässe zu vermeiden. Der Zugang zu digitalen Patientenakten soll durch einen europäischen „Gesundheitsdatenraum" unter strengen Datenschutzstandards erleichtert werden.

SPD: Die Stärkung des Gesundheitsschutzes liegt der SPD besonders am Herzen. Wir setzen uns für die Programme zur Förderung einer gesunden Lebensweise, für Aufklärungskampagnen sowie für den Aufbau der Gesundheitskompetenz (Gesunde Ernährung, Bewegung, Umgang mit Veränderung, Unsicherheit, Frustration, Stress und Angst) und für den Ausbau der Plattformen für Online-Beratung, zur überregionalen Suche nach Gruppen und Hilfsangeboten und zur kollegialen Vernetzung ein, die EU-weit finanziert, durchgeführt und evaluiert werden. Wenn die erlernten Coping-Strategien und Stressbewältigungstechniken nicht mehr helfen und selbst das Chillen zum Problem wird, wollen wir jungen Menschen schnell und unkompliziert professionelle Hilfen auf allen bekannten Kommunikationskanälen und genug Therapieplätze zur Verfügung stellen.

FDP: Wir wollen die Kooperation zwischen der EU und der Weltgesundheitsorganisation ausbauen und die Umsetzung der globalen Gesundheitsstrategie der EU entschlossen vorantreiben. Wir wollen einen gemeinsamen Europäischen Gesundheitsdatenraum schaffen, der die Versorgung verbessert, Innovationen ermöglicht und dabei dem Datenschutz genügt. Zudem wollen wir die Bürokratie im Gesundheitsbereich reduzieren und Zulassungsverfahren für Medikamente und Medizinprodukte beschleunigen, ohne dabei Kompromisse bei der Patientensicherheit zu machen. Die mentale Gesundheit ist eine wichtige Voraussetzung für Lebensqualität, Leistungsfähigkeit und soziale Teilhabe. Hier setzen wir uns für ausreichend Therapieplätze und Beratungsangebote, Aufklärung und Entstigmatisierung ein.

DIE LINKE.: Alle Menschen in der EU sollen ein Recht auf grenzüberschreitenden Zugang zu guter Gesundheitsversorgung haben. Wo es Gesundheitssysteme wie in Deutschland gibt, die durch Krankenkassenbeiträge finanziert werden, müssen alle Einkommensarten einbezogen werden. Brillen und Zahnersatz müssen dann nicht mehr aus dem eigenen Geldbeutel bezahlt werden. Krisen und hoher Leistungsdruck sind Ursache vieler psychischer Erkrankungen bei jungen Menschen. Das Problem muss bei der Wurzel gepackt werden. Zugang zu psychologischer Behandlung muss zugleich für alle in der EU zugänglich sein. Krankenhauskonzerne machen Profite auf Kosten von guter Versorgung. Wir wollen das offensichtliche: Die Gesundheitsversorgung muss sich am Gemeinwohl ausrichten.

U18

Deutscher Bundesjugendring e.V.
Mühlendamm 3
10178 Berlin

Auf diesem Plakat müssen wir uns aus Platzgründen auf die Antworten von sechs Parteien bzw. politischen Vereinigungen beschränken. Dafür haben wir diejenigen ausgewählt, die zur Europawahl 2019 in Deutschland die meisten Stimmen erhalten haben und ihnen am 22. Februar 2024 die Fragen geschickt. Die Antworten aller weiteren Parteien und politischen Vereinigungen sind unter u18.org zu finden. Die AfD hat trotz mehrfacher Erinnerung bis zur Finalisierung des Plakats keine Antworten auf die U18- Jugendfragen gegeben.

Die ausgewählten Fragen beziehen sich auf Themen, welche von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des EU Jugenddialogs diskutiert wurden. Der Jugenddialog ist das zentrale Dialog- und Beteiligungsformat der Europäischen Union mit jungen Menschen. In Deutschland ist der Jugenddialog beim Deutschen Bundesjugendring angesiedelt.
Mehr zum Jugenddialog findest Du hier: **www.jugenddialog.de**

Gefördert durch: Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend · bpb: Bundeszentrale für politische Bildung · Deutscher Bundesjugendring